

Pressestimmen

"Die Presse" - Leitartikel: Sparen allein richtet auch nur Schaden an, von Claudia Dannhauser

Utl.: Ausgabe vom 10.05.2010

Wien (OTS) - Gesundheitspolitiker verschreiben sich oft einfältigen Kürzungen. Strukturänderungen sind wohl zu mühsam.

Der Reflex greift seit Jahren um sich: Kommt es auf die Gesundheitspolitik, vielleicht gar auf die Spitäler zu sprechen, folgen im nächsten Satz ultimative Einsparungswünsche. Da stehen dann meist hunderte Millionen, ja sogar Milliarden Euro auf der imaginären Vergeudungsliste. Dieser Art übertrumpft der Rechnungshofpräsident in schöner Regelmäßigkeit den Wirtschaftskammerpräsidenten und der wiederum den **IHS-Chef**. Was allen gemein ist? Details und genaue Konzepte, wie der Verschwendung beizukommen ist, die bleiben sie schuldig.

Was keine Kritik an den genannten Personen sein soll. Ganz und gar nicht. Man kann sie sogar trösten: Selbst versierte Insider kommen nicht viel weiter. Ganze Spitäler lassen sich schließlich nicht von heute auf morgen zusperren, auch wenn das noch so sinnvoll wäre. Jedenfalls nicht, wenn man eine nachhaltige Beeinträchtigung der Gesundheitsversorgung vermeiden will. Da müsste man schon vorher an den Strukturen etwas ändern und eine alternative (billigere) Versorgungsebene etwa in den (erst geplanten) Ärztezentren aufbauen. Oder man erspart sich die vielen Doppelt- und Dreifachuntersuchungen, indem man die strenge Lenkung der Patienten wie in England einem starken und gut ausgebildeten Hausarzt anvertraut.

Wie weit entfernt wir davon sind, zeigt die im vergangenen Jahr gestartete Gesundheitsreform. Eigentlich ist sie ja nichts anderes als eine halbherzige Krankenkassen-Teilentschuldung. Aufgrund des massiven Drucks aus dem Finanzministerium erstellten die Sozialversicherungen nur zusätzlich ein kompliziertes Programm mit zahlenmäßig exakt definierten Sparzielen. Hauptverbands-Chef Hans Jörg Schelling ist stolz darauf. Sogar zu Recht. Es haben sich alle sehr bemüht und ordentlich Hirnschmalz investiert, um zusätzlich magere 100 Millionen vom Staat zu ergattern. Bei einem Gesamtausgabenvolumen von jährlich zwölf Milliarden Euro ist das nicht die Welt. Trotzdem, die Sozialversicherer zeigten ihren guten Willen.

Ändern wird das allerdings gar nichts. Auf dem Papier lässt sich so manche Einsparung, die man im Hauptverband ohnehin vorsichtshalber nur Kostendämpfung nennt, ja prima darstellen. Das heißt noch lange nicht, dass wirklich nachhaltige Änderungen am System vorgenommen werden. Das Problem ist den Betroffenen durchaus bewusst. Nur: Den komplizierten Strukturen und Verflechtungen unseres Gesundheitssystems ist eben nicht so einfach beizukommen. Und die Krankenkassen allein können das schon gar nicht. Da wäre mutige Politik gefragt. Doch die frönt in Sachen Gesundheit dem Populismus - und zwar gnadenlos auf allen Ebenen. Es fängt damit an, dass sich kein Bürgermeister freiwillig auch nur eine Krankenhausabteilung schließen lässt. Da dominieren das Prestige und die Angst um die lokalen Arbeitsplätze. Da ist es dann ganz egal, ob die medizinische Leistung in Schwerpunktspitälern mit entsprechenden Fallzahlen nicht weit besser und sicherer zu erbringen wäre. Es geht weiter mit den Landespolitikern. Die sehen das Spitalswesen als ihre ureigene Domäne, wo hemmungslos gefuhrwerkert werden kann und wo in manchen Ländern auf Teufel komm raus und wider besseres Wissen in Neubauten investiert wird. Schuldenfalle? Ausuferndes Defizit? Völlig egal. Es gibt doch den Finanzausgleich. Und damit endet es beim Bund und beim Finanzminister. Hat sich schon jemals einer getraut, den Ländern den Geldhahn so zuzudrehen, dass es wirklich wehtut?

Da ist also genauso wenig zu erhoffen. Im Gegenteil. Auf Bundesebene tobt noch dazu mehr oder weniger unterschwellig ein Wettstreit zwischen SPÖ und ÖVP. Letztere hat entdeckt, dass sie Ersterer in einem ihrer Kernbereiche wehtun kann. Sie braucht die Gesundheitspolitik nur vom sozialen Thema mit qualitativ hochwertiger Versorgungsgarantie für alle auf die Verschwenderebene zu heben, die uns allen viel zu viel kostet. Zum Teil mit Recht, zum Teil aber auch zu Unrecht. Wie gesagt, es beteiligen sich ja alle - Schwarze wie Rote und in Kärnten auch Blau/Orange - am strukturlosen Geldausgeben. Da ist es wirklich erstaunlich, dass Österreich weltweit nach wie vor als Vorbild dient. Es bräuchte also jemanden, der trotz aller Widrigkeiten die dringend nötigen Verbesserungen angeht. Der Gesundheitsminister vielleicht? Alois Stöger ist nur leider das genaue Gegenteil seines deutschen Kollegen Philipp Rösler. Während bei den Nachbarn nahezu wöchentlich neue Ideen diskutiert werden, muss man bei uns lange suchen, um auch nur einen neuen Ansatz im Laufe von eineinhalb Jahren Amtszeit zu finden.

Rückfragehinweis:

Die Presse

Chef v. Dienst

Tel.: (01) 514 14-445

<mailto:chefvondienst@diepresse.com>

<http://www.diepresse.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/447/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0047 2010-05-09/17:32

091732 Mai 10

© Copyright APA OTS GmbH und der jeweilige Aussender.

Die Inhalte dienen ausschließlich zur redaktionellen Verwendung und zur individuellen Information des Nutzers. Eine unveränderte Verwendung der Texte, Bilder, Grafiken, Audios und Videos auf einer nicht durch APA OTS autorisierten Homepage ist ebenso wie eine Speicherung in Datenbanken oder eine sonstige Weitergabe an Dritte nicht gestattet. Ebenso sind Direktlinks auf Meldungsaufrufe untersagt. Für den Fall, dass Sie die Inhalte weitergeben, speichern oder gewerblich nutzen möchten, wenden Sie sich bitte an: Tel. ++43-1/36060-5300 oder an info@ots.at